



HESSISCHER RUNDFUNK (HR)

1. Hörfunkprogramm

25. August 1988, 21:30 – 22:00 Uhr

Heimkehr in die Fremde Aussiedler in der Bundesrepublik

POLITISCHES FORUM

Feature von Peter Ochs

(auszugsweise)

Johannes Gerster (CDU)

(...) Ich kann nur hoffen und wünschen, daß wir, die wir im Westen es wirklich besser haben als die Deutschen in Mitteldeutschland und im kommunistischen Herrschaftsbereich, humaner und offener sind. Die Gehässigkeiten, die teilweise leider Gottes zum Ausdruck kommen, müssen abgestellt werden.

HR

Man muß befürchten, daß es ein frommer Wunsch bleiben wird. Latent wird die Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik am Beispiel der asylsuchenden Flüchtlinge stets aufs Neue wachgehalten.

Ein Beispiel: Einen Tag nach der Bonner Pressekonferenz Johannes Gersters, in der er für den Abbau von Ressentiments und für mehr Geld für Flüchtlinge aus Ost-Europa warb, erschien die Bildzeitung mit der Schlagzeile: „Der Strom der Armen ins reiche Deutschland“. „700.000 Asylanten kosten 3 Mrd. DM.“ Die Aussiedler werden mit der Angst der Bundesbürger leben müssen, daß nun – neben den Asylanten – noch weitere Kostgänger am Wohlstandstisch Platz nehmen wollen. Und daß es u.U. bald nicht mehr für alle reicht. Es wird allerdings



hauptsächlich auf dem Rücken der asylsuchenden Flüchtlinge ausgetragen werden und deshalb hat der katholische Pfarrer Herbert Leuninger aus Hofheim, der Flüchtlinge aus Eritrea, aus dem Iran und anderen Ländern betreut, bereits Alarm geschlagen.

Herbert Leuninger

Diese Gefahr besteht auf jeden Fall, wenn die öffentliche Diskussion den politischen Kräften überlassen wird, die aus dem Kommen der Aussiedler eine nationale oder nationalistische Frage machen; etwa in dem Sinne, daß sie andere Gruppen, die ebenfalls einen Anspruch haben, in die Bundesrepublik zu kommen, ausschließen wollen. Wenn aber eine Diskussion über die Hintergründe der Zuwanderungen in die Bundesrepublik und auch der Fluchtgründe ehrlich, offen und objektiv geführt wird, könnte das zu einer Erweiterung unseres Horizonts führen und damit auch zu einer größeren Bereitschaft, andere Gruppen, wie etwa in diesem Falle die Flüchtlinge, in ebensolcher Weise aufzunehmen wie die Aussiedler. Das wäre auch das Ziel von PRO ASYL.

HR

Denn Solidarität mit Menschen in Not ist unteilbar, lautet die These von Pfr. Herbert Leuninger.

Herbert Leuninger

Der grundgesetzliche Anspruch des Aussiedlers, in die Bundesrepublik zu kommen, ist aus meiner Sicht nicht höherwertiger als das Grundrecht des politisch Verfolgten, in die Bundesrepublik zu kommen. Es sind zwei unterschiedliche Rechte, aber was den Rang angeht, sind sie zumindest gleichwertig. Es ist also durchaus möglich, durch eine klare politische Haltung die Öffentlichkeit und die öffentliche Meinung in einem positiven Sinne für eine bestimmte Gruppe von Menschen zu beeinflussen, die ich gleichermaßen – wenn ich das politisch nicht will – als Schmarotzer, als Menschen bezeichne, die hereindrängen, um die Segnungen dieser Republik zu genießen, ohne daß sie bisher entsprechend dazu beigetragen haben. Es kommt also auf den politischen Willen an.

